

BASis Info 3/2017

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

10.03.2017

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de



Liebe Leserin, liebe Leser,

am Dienstagabend haben wir bei unserer Parlamentarischen Linken mit Bundesministerin Andrea Nahles über den Armuts- und Reichtumsbericht diskutiert. Wir müssen den Trend zu wachsender Ungleichheit umkehren. Sozialer Aufstieg muss für alle möglich sein und wir müssen die Reichen stärker in die Pflicht nehmen. Nur wenn jeder seinen Teil leistet, machen wir Deutschland zusammen stark. Das ist ein klarer politischer Auftrag. Deshalb ist die aktuelle Debatte um mehr Gerechtigkeit richtig.

Was wir SozialdemokratInnen mit mehr Gerechtigkeit meinen, machen wir zusammen mit Martin Schulz in diesen Tagen noch einmal Schritt für Schritt deutlich: Wir meinen zum Beispiel die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Wir meinen schärfere Regeln für ein angemessenes Verhältnis zwischen Vorstandsgehältern und Durchschnittsverdienst. Unsere SPD-Fraktion hat auch einen Gesetzentwurf gegen Gehaltsexzesse bei Managern vorlegt (mehr dazu auf www.spdfraktion.de). Und wir meinen mit mehr Gerechtig-

keit die Weiterentwicklung unserer Arbeitsmarktpolitik.

Das Arbeitslosengeld Q (Qualifikation) ist ein innovatives Konzept, das mehr soziale Sicherheit mit mehr Investitionen in Qualifikation verbindet. Unser Land steht wirtschaftlich hervorragend da. Damit das auch so bleibt, müssen wir heute die richtigen Weichen stellen. Nur so verhindern wir, dass der Fachkräftemangel in manchen Berufen steigt und gleichzeitig Menschen arbeitslos sind, weil sie die erforderlichen neuen Qualifikationen nicht erwerben konnten. Wir brauchen ein Recht auf Weiterbildung und einen



*Auf Martin Schulz warten begeisterte Menschen gerade vor ausgebuchten Hallen.
Grund genug für ein schnelles Foto im SPD-Fraktionssaal!*

Anspruch auf Weiterbildungsberatung für alle Beschäftigten. Wir wollen zudem die Schwelle für den Bezug von Arbeitslosengeld I absenken. Damit sind auch jene abgesichert, die etwa in der Kreativbranche oft nur kurzfristig beschäftigt sind. Reaktionen: Das Konzept geht den Arbeitgebern sehr viel zu weit und der Linken nicht ganz weit genug. Genau richtig also.

Gerechtigkeit ist auch ein zentrales Thema des Frauentages. Lohngerechtigkeit zum Beispiel. Meinen Gastbeitrag „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ können Sie hier nachlesen: <http://www.nrwspd-landesgruppe.de/>. Unsere SPD kämpft für die vollständige Gleichstellung von Mann und Frau und geht für dieses Ziel auf die Straße. Auch ich natürlich. Beim AsF-Infostand auf der Königsstraße morgen um 12 Uhr. Sie auch?

Herzliche Grüße

Bärbel Bas

PS: Unser Oberbürgermeister Sören Link hat meine volle Unterstützung für seine Wahltermin-Pläne. Gute und mutige Entscheidung für Duisburg und für die Demokratie.



Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz

Unsere Gesellschaft wird älter, und immer mehr Menschen benötigen eine gute Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln. Prothesen und Inkontinenzhilfen, Brillen, Rollstühle und Hörgeräte sind für viele Menschen tägliche Begleiter, ohne die sie nicht am Leben teilhaben könnten. Als Heilmittel bezeichnet man medizinische Maßnahmen wie Massagen, Sprachtherapie oder Ergotherapie. Die SPD hat sich für eine Reform der Hilfsmittelversorgung lange eingesetzt. Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung haben wir jetzt wichtige Versorgungsbereiche verbessert:

In der Vergangenheit haben Krankenkassen regelmäßig dem Billigstanbieter den Vorzug gegeben und Versicherte mit qualitativ-schlechten Windeln beliefert. Deshalb werden **Ausschreibungen** im Hilfsmittelbereich jetzt konsequent an Qualitätskriterien gekoppelt. Außerdem werden Kassen bei Ausschreibungen dazu verpflichtet, PatientInnen eine **Auswahl aus verschiedenen Hilfsmitteln** zu ermöglichen - ohne dass die Versicherten mögliche Zusatzkosten tragen müssen. Nicht zuletzt müssen die Kassen für eine **wohnahe Versorgung** mit Hilfsmitteln sorgen. Ist also der Rollator einer Firma, mit der die Kasse einen Vertrag hat, gar nicht in dem Wohnort des Versicherten verfügbar, muss

die Kasse Alternativen anbieten. **Individuell angefertigte Hilfsmittel** oder Hilfsmittel mit hohem Dienstleistungsanteil dürfen Kassen künftig nicht mehr ausschreiben. Die Sorge um Kontinuität und Qualität hatte vor allem viele sog. Stoma-PatientInnen verunsichert.

Gute Nachrichten auch für BrillenträgerInnen: Wir haben den **Leistungsanspruch auf Sehhilfen** erweitert. Versicherte PatientInnen mit einer schweren Sehbehinderung (mindestens 6 Dioptrien bei Kurz- oder Weitsichtigkeit und 4 Dioptrien bei Hornhautverkrümmung) bekommen zukünftig die häufig kostenintensiven Brillengläser oder Kontaktlinsen von ihrer Krankenkasse erstattet. Alle Produkte, die grundsätzlich von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt werden müssen, werden im so genannten **Hilfsmittelverzeichnis** aufgelistet. Dieses soll der Spitzenverband der Krankenkassen bis Ende 2018 grundlegend aktualisieren und bereinigen. Anschließend soll es regelmäßig aktualisiert werden - und zwar **mit der Beteiligung von Patientenorganisationen**.

Defizite bei der Qualität der Hilfsmittelversorgung gab es oft deshalb, weil die Einhaltung der gesetzlichen Pflichten durch die Krankenkassen nicht ausreichend überwacht wurde. Die Kassen sind darum jetzt zur Durchführung

von Auffälligkeits- und Stichprobenprüfungen verpflichtet.

Der Mensch muss vom Lohn seiner Arbeit leben können, auch im Gesundheitsbereich. Wir haben Verbesserungen für PhysiotherapeutInnen, ErgotherapeutInnen, LogopädistInnen und PodologInnen erreicht. Für die Jahre 2017 bis 2019 heben wir die strikte Bindung der **Vergütung von Heilmittelleistungen** an die Entwicklung der Grundlohnsomme auf. Durch diese Bindung waren in der Vergangenheit z.B. für Physio- und ErgotherapeutInnen oftmals nur Lohnsteigerungen unter der Inflationsrate möglich.

Auch angestellte Heilmittelerbringer, beispielsweise die in Praxen arbeitenden PhysiotherapeutInnen, müssen anständig bezahlt werden. Aus diesem Grund wird es für die regionalen Vergütungsverhandlungen der Krankenkassen künftig Vorgaben für den **Nachweis der tatsächlich gezahlten Tariflöhne und Arbeitsentgelte** geben.

Mit dem Gesetz ermöglichen wir die Erprobung der sog. „**Blankverordnung**“, bei der der Heilmittelerbringer selbst Auswahl, Dauer und Frequenz der Therapie bestimmt. Bei einem Rückenleiden würde der Hausarzt also den Patienten an einen Physiotherapeuten überweisen, der dann selbst bestimmt, welche Therapie er wie anwendet.



Neues aus Duisburg

Besuch bei der Agentur für Arbeit Duisburg



Mit meinem Bundestagskollegen Mahmut Özdemir war ich bei der neuen Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Duisburg, Astrid Neese, zum Gespräch zu Gast.

Fazit des Treffens: Agentur für Arbeit und jobcenter Duisburg machen vielfältige Angebote, die wir PolitikerInnen, aber auch die ArbeitgeberInnen und andere Netzwerkpartner, kennen und aktiv unterstützen sollten. Und: Wir sind uns einig, dass wir in Duisburg einen sozialen Arbeitsmarkt insbesondere für geringqualifizierte Langzeitarbeitslose brauchen, die keinerlei Aussicht auf reguläre Beschäftigung haben.

Jugend im Bundestag

Programme zur politischen Bildung bieten der Deutsche Bundestag und die SPD-Bundestagsfraktion an. Je eine/n Jugendliche/n im Alter von 16 bis 20 Jahren aus meinem Wahlkreis kann ich zu den Jugendpressetagen (17. bis 19. Mai) und zum Planspiel „Jugend und Parlament“ (27. bis 30. Mai) nach Berlin einladen.

Die **Jugendpressetage** eröffnen SchülerzeitungsredakteurInnen einen Blick hinter die Kulissen. Die Jugendlichen treffen unter anderem den SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann zur Pressekonferenz, HauptstadtjournalistInnen und besuchen den Rundfunk Berlin-Brandenburg. Bewerbungsschluss: 3. April.

„**Jugend und Parlament**“ ist ein Planspiel, bei dem 315 Jugendliche aus ganz Deutschland in die Abgeordnetenrolle schlüpfen und den Weg der Gesetzgebung an den echten Schauplätzen des Parlaments simulieren. Bewerbungsschluss: 27. März.

Die Teilnahme ist kostenlos. Interessierte Jugendliche können sich einfach mit einem kurzen Motivations schreiben an mein Wahlkreisbüro bewerben: baerbel.bas.wk@bundestag.de.



Duisburg Helau: Beim Rosenmontagszug mit Sarah Philipp, Mahmut Özdemir und Susanne Zander. Ein toller Tag!

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++14.03.: Besuch des Hauptzollamtes+++

+++18.03.: Konferenz der IG BCE Duisburg+++

+++20.03.-24.03. & 27.03.-31.03.: Sitzungswochen des Bundestages+++

+++17.03.: Neueröffnung der HELIOS Marien Klinik+++

+++18.03.: MSV-Sieg gegen Erfurt+++

+++baerbelbas.de+++



Stahl ist Zukunft - Solidarität mit HKM und TKS



MdL eine Solidaritätsadresse an den HKM-Betriebsrat geschickt. Wir unterstützen die Forderungen des Betriebsrates voll und ganz: Es darf vor allem keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Unsere Solidaritätserklärung finden Sie auf www.baerbelbas.de.

Unsere Landesgruppe hatte BetriebsrätInnen von ThyssenKrupp zu einem Gespräch mit Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries eingeladen. Mit dabei: Wilhelm Segerath, Günter Back und Werner von Häfen. Wir sind uns einig: Der Stahlstandort Duisburg darf nicht gefährdet werden.

Ob Berlin oder Duisburg: Das Thema Stahl stand auch in den vergangenen Wochen ganz oben auf meiner Agenda. Mit großer Sorge verfolge

ich die Entwicklungen bei HKM. Ich stehe an der Seite der KollegInnen und habe gemeinsam mit Mahmut Özdemir, MdB und Sarah Philipp,

Mein Tagebuch

In der Februar-BASis Info war ich noch beim amtierenden Bundespräsidenten zu Besuch, jetzt steht der Empfang des neuen Präsidenten an. Mit dem protokollarischen Zusatz: „Dunkler Anzug/Kurzes Kleid“. Ich komme nur im Kleid, wenn der Bundespräsident auch Kleid trägt.

#freedeniz: In einem offenen Brief an den türkischen Botschafter haben wir am 24. Februar mit 160 Bundestagsabgeordneten aus allen Fraktionen unsere Sorge um die deutsch-türkische Freundschaft und den Journalisten Deniz Yücel ausgedrückt. Unser Brief steht auf: www.baerbelbas.de

Der #Schulzzug macht CDU und CSU nicht nur richtig nervös, sondern treibt offenbar auch CDU-Mitglieder zur SPD - und eine ganz besondere Mail in mein Postfach: "Bewerbung als wissenschaftlicher Mitarbeiter - auch als geläutertes CDU-Mitglied möglich??" Ich habe u.a. geantwortet: „Eine Läuterung im Lebenslauf ist für uns Sozialdemokraten kein Makel, sondern ein Zeichen von Menschlichkeit und in den meisten Fällen auch ein Qualitätsmerkmal. Wendungen gehören zum Leben dazu und machen uns stärker. Das zeigt die Biographie von Martin Schulz auf sehr eindrucksvolle Art.“



Dieses Bild werden Sie bald häufiger sehen: Mein Kandidatenfoto steht.

Bis zum nächsten Mal, ich freue mich drauf, Bärbel Bas

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607